

## Ukraine – der Elefant im Raum

Voraussetzungen und Auswirkungen eines möglichen EU-Beitritts

von Hans Wetzels und Hannes Lorenzen

*Im Juni 2024 begannen die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Ukraine. Angesichts der dortigen Agrarstrukturen und der bedeutenden Rolle des Landes als Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist mit erheblichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Agrarpolitik in der EU zu rechnen. Und es scheint offensichtlich, dass für eine reibungslose Integration der Ukraine in die Europäische Union eine umfassende Reform insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unumgänglich ist. Pläne für einen raschen Beitritt der Ukraine aus geopolitischen Gründen könnten den Druck verstärken, die GAP so zu überarbeiten, dass sie sich an die neuen Gegebenheiten anpassen kann. Ein Beitritt der Ukraine zur EU wird nach Ansicht der Autoren des nachfolgenden Beitrags eine grundlegende Reform der GAP erzwingen, finanziell und strukturell. Ob im Ergebnis ein ökologisch und sozial widerstandsfähiges System der Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung steht oder die Interessen agroindustrieller Riesen sich durchsetzen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen.*

Die Ukraine ist jeden Tag auf unseren Bildschirmen. Dennoch erscheinen das Land und seine Menschen hauptsächlich entweder als Kriegsopfer oder als Soldaten – nicht aber als Bürger, Arbeiter oder Bauern. Wenn es um die weiten landwirtschaftlichen und ländlichen Gebiete geht, kommen vor allem die größten landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Schwierigkeiten beim Export in die Nachrichten. Es gibt jedoch eine überraschend vielfältige ländliche Realität in der Ukraine, die eine Schlüsselrolle spielen sollte bei der Beantwortung der Frage, was ein möglicher EU-Beitritt nach dem Krieg für die Menschen in der Ukraine und in der EU bedeuten würde. Die Ukraine stellte am 28. Februar 2022 ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seit dem 25. Juni 2024 laufen die Beitrittsverhandlungen. Es scheint offensichtlich, dass für eine reibungslose Integration der Ukraine in die Europäische Union eine umfassende Reform der Politiken – insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – unumgänglich ist.

### Ukraine: Groß und klein Seite an Seite

Die ukrainische Landwirtschaft ist ein vielfältiges Gebilde. Auf der riesigen landwirtschaftlichen Nutzfläche verdienen schätzungsweise 900.000 nicht regis-

trierte Kleinerzeuger ihren Lebensunterhalt mit Subsistenzlandwirtschaft und dem Verkauf von Getreide, Kartoffeln, Obst und Milchprodukten auf lokalen Märkten oder an Zwischenhändler. Einem Bericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 zufolge schaffen diese Kleinbetriebe die meisten Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten und sind für die heimische Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung.<sup>1</sup>

Gleichzeitig kontrollieren 70 Großkonzerne ein Viertel des gesamten fruchtbaren Landes in der Ukraine, um riesige Mengen an Getreide, Soja, Sonnenblumenöl oder Geflügel für den Inlandsverbrauch und den Export zu produzieren. Dazwischen gibt es eine Vielzahl von konventionellen Familienbetrieben und Milcherzeugern, aber auch gut etablierte ökologische Erzeuger wie Beeren- und Obstbauern, die auf westliche Märkte ausgerichtet sind. Nach Angaben der Kommission gibt es rund 8.600 solcher mittelgroßen Betriebe, die zwischen 200 und 2.000 Hektar bewirtschaften und die eigentlichen Hauptakteure im Agrarsektor der Ukraine sind.

Die größten Agrarunternehmen der Ukraine werden durch den Ukrainian Agribusiness Club (UCAB) vertreten: eine Lobbyorganisation mit Büros in Kiew und in Brüssel. »Wir vertreten alle landwirtschaftlichen Sektoren in der Ukraine«, erklärt deren EU-

Direktor Nazar Bobitski: Getreide, Fleisch und Milchprodukte, bis hin zu landwirtschaftlichen Maschinen. »Was uns von anderen unterscheidet, ist, dass wir nur Landwirte und Unternehmen vertreten, die im Hinblick auf den Landbesitz einen Großbetrieb führen. In Europa ist das immer ein heißes Diskussionsthema. Westeuropäer sind oft überrascht, wenn sie entdecken, wie groß die landwirtschaftlichen Betriebe in der Ukraine sein können.«

Das Brüsseler Büro von UCAB ist ein Vorposten der ukrainischen Agrarindustrie und befindet sich am Schuman-Platz mitten im EU-Viertel. Der Hauptsitz der Europäischen Kommission liegt direkt gegenüber auf der anderen Straßenseite. Neben ukrainischen Giganten wie Kernel oder MHP vertritt UCAB auch die amerikanischen Traktorenhersteller New Holland und John Deere, die multinationalen Lebensmittelkonzerne Danone und Pepsico sowie die Chemiegiganten Bayer-Monsanto und BASF.

Einst die Kornkammer der Sowjetunion, verfügt die Ukraine heute über rund 41 Millionen Hektar äußerst fruchtbaren Boden: schwarzer, humusreicher Tschernozem (Schwarzerde). Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 wurden die aus der Sowjetzeit stammenden konsolidierten landwirtschaftlichen Betriebe zunächst in kleine landwirtschaftliche Einheiten aufgeteilt. In den folgenden Jahren gelang es Oligarchen, diese kleinen Parzellen zu riesigen Konglomeraten zusammenzulegen, indem sie Hunderttausende von Pachtverträgen mit lokalen Kleinbauern unterzeichneten.

Die Muttergesellschaften dieser Konglomerate haben ihren Sitz oft in Steuerparadiesen. Der Getreide-riesen Kernel (der im Jahr 2020 507.611 Hektar Ackerland bewirtschaftet) ist in Luxemburg registriert; UkrLandFarming (531.306 Hektar), die amerikanische Investmentfirma NCH Capital (350.400 Hektar) und der Hähnchenmagnat MHP (349.321 Hektar) haben ihren Sitz in Zypern.

### Mögliche Auswirkungen eines EU-Beitritts

Wenn die Ukraine morgen der EU beitreten würde, hätten diese riesigen Unternehmen sofort Anspruch auf Millionen von Euro an GAP-Fördermitteln. Nach einer früheren Berechnung von ARC2020 würde dies bei einer unveränderten GAP zu einem massiven Geldtransfer von den westlichen EU-Mitgliedstaaten zu den größten ukrainischen Konzernen führen, die Hunderttausende von Hektar bewirtschaften.<sup>2</sup>

Legt man den offiziellen EU-Durchschnitt von 266 Euro pro Hektar und Jahr aus dem Jahr der GAP-Reform von 2015 zugrunde, hätte der ukrainische Marktführer Kernel nach dem EU-Beitritt der Ukraine Anspruch auf nicht weniger als 148 Millionen

Euro an direkten Einkommensbeihilfen pro Jahr. Der direkte Konkurrent UkrLandFarming könnte bis zu 125 Millionen Euro erhalten, während der Hähnchenmagnat MHP immer noch satte 97,8 Millionen Euro pro Jahr kassieren würde.

Dies ist keine Ausnahme von den derzeitigen GAP-Subventionen für Milliarden in der EU. Laut einer kürzlich vom *Guardian* veröffentlichten Studie gehörten zu den Endbegünstigten der hektarbezogenen Subventionen der ehemalige tschechische Ministerpräsident Babis, der deutsche Fleischriese Tönnies oder – vor dem Brexit – der britische Staubsauger-Tycoon James Dyson. Das sind die heutigen Oligarchen des Westens, die die GAP-Zahlungen auf Kosten der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe für sich in Anspruch nehmen. Diese Anomalie wird seit Jahrzehnten kritisiert, und der Beitritt der Ukraine wäre der richtige Moment, um sie zu beenden.

### Eine geopolitische GAP-Reform?

ARC2020 ist nicht die einzige Organisation, die den EU-Beitritt der Ukraine als unvermeidliche Umwälzung für die GAP betrachtet. Die *Financial Times* berichtet, dass die Ukraine, gemessen an der Bevölkerung vor dem Angriffskrieg, der fünftgrößte Mitgliedstaat der EU werden würde – und der bei weitem ärmste. Das bedeutet, dass viele der jetzigen Mitgliedstaaten mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlen müssten und selbst weniger bekämen – so das Fazit eines Papiers des Sekretariats des EU-Rates, aus dem die *Financial Times* zitiert.

Im Juli 2022 veröffentlichte die SWP eine umfangreiche Einschätzung, was ein EU-Beitritt der Ukraine in der Praxis bedeuten würde.<sup>3</sup> Zum Thema Landwirtschaft schreibt Bettina Rudloff, Agrarökonomin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dass »die Agrarverhandlungen zu den langwierigsten im gesamten Beitrittsprozess gehören: Sie stehen in direktem Zusammenhang mit Haushaltsfragen und damit mit der Umverteilung von Geldern innerhalb eines neuen Mitgliedstaates und zwischen neuen und alten Mitgliedern.« Das hat vor allem mit der Größe zu tun: 2023 verfügte die EU über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 161 Millionen Hektar, während die ukrainische Nutzfläche etwa 25 Prozent davon ausmacht. »Es ist klar, dass mehr ukrainische Agrarproduzenten, die in die EU kommen, mit der regionalen oder einheimischen Produktion der EU konkurrieren könnten«, erklärt Rudloff.

»Preisdruck ist im internationalen Handel normal. Der Beitritt der Ukraine würde aber auch die EU als geostrategischen Agrar- und Versorgungsakteur erheblich stärken. Nach der Erweiterung würde ihr Exportanteil allein bei Weizen weltweit auf 30 Prozent

ansteigen. Positiv ist auch, dass die Ukraine ein großer Markt für alle Arten von europäischen Agrarprodukten werden würde. Ich möchte darauf hinweisen, dass hier nicht nur Haushaltssorgen, sondern auch eine Steigerung des Wohlstands berücksichtigt werden sollten«, so die Agrarexpertin der Stiftung.

### Pläne zur Abschaffung der GAP

Wenn es um den Beitritt der Ukraine zur EU geht, hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, wichtige geostrategische Handelsziele und das für neue Prioritäten benötigte Geld fest im Blick. Ihre Visionen für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wurden kürzlich durchgestochen und von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und ARC2020 veröffentlicht. Die Idee ist, spezifische Finanzierungsprogramme wie die GAP und die Regional- oder Kohäsionspolitik abzuschaffen und sie alle in einem einzigen Finanzierungsstrom zusammenzufassen: einem Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds, vergleichbar mit dem Europäischen Wiederaufbaufonds nach der Pandemie. Nach dem Modell der Nationalen Strategiepläne für die Umsetzung der GAP würden die Mittel dann auf der Grundlage der nationalen Pläne zugewiesen, die von den Mitgliedstaaten auf der Grundlage ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse und Prioritäten erstellt werden.

Diese Renationalisierung würde die Rolle der Regionen schmälern und die Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen in vielen Mitgliedstaaten tiefgreifend erschüttern. Sie wäre besonders zerstörerisch für Bottom-up-Ansätze und Programme, die derzeit von den nationalen Regierungen unabhängig sind, wie z. B. LIFE oder LEADER, die seit Jahrzehnten lokale Initiativen mobilisieren, ehrenamtliche Arbeit fördern und private Investitionen anziehen und so eine ländliche Infrastruktur stabilisieren, um auf lokaler und regionaler Ebene Mehrwert und Einkommen zu schaffen.

### Renationalisierung – ein »Europa der Nationen«

Eine weitere Erweiterung der EU wird in erster Linie von geopolitischen Erwägungen bestimmt und erfordert schwierige und sorgfältige Reformen sowohl in den Beitrittsländern als auch in den Entscheidungsstrukturen und Politiken der EU. Auf seiner Tagung im Juni 2024 hat der Europäische Rat die Kommission aufgefordert,<sup>4</sup> bis zum Frühjahr 2025 eingehende Überprüfungen der Politiken vorzulegen, die in ihrer Mitteilung vom März 2024 über Reformen und Überprüfungen der Politiken im Vorfeld der Erweiterung – einschließlich der GAP – genannt wurden.<sup>5</sup>

Das schwedische Institut für europapolitische Studien hat Alan Matthews, emeritierter Professor für Europäische Agrarpolitik am Trinity College in Dublin, gebeten, eine europäische Politikanalyse durchzuführen, in der versucht werden soll, Lehren aus früheren EU-Erweiterungen und früheren Sonderregelungen zu ziehen, um eine reibungslosere Integration der neuen Mitgliedstaaten in die GAP zu erleichtern. Matthews erklärt in seiner Studie: »In der aktuellen Debatte wird davon ausgegangen, dass das GAP-Budget zumindest nominal konstant bleibt. Viele Interessengruppen fordern eine Aufstockung des Budgets, auch durch neue Mittel außerhalb der GAP. Man kann GAP-Vorschriften wie die Deckelung erlassen, um sicherzustellen, dass große Betriebe keine Einkommensbeihilfen erhalten, aber das würde die Mittel, die die Ukraine nach den derzeitigen MFR-Vorschriften erhalten würde, nicht verringern.«<sup>6</sup>

Unter der Annahme, dass der GAP-Haushalt im nächsten Haushaltszyklus nicht erhöht wird, erörtert Matthews mehrere Optionen. Eine offensichtliche Lösung ist die schrittweise Einführung von Zahlungen zu niedrigeren Prozentsätzen für neue Mitglieder – wie es einst für Länder wie Polen während ihres Beitritts zur EU galt. Andere Optionen wären die Kappung der Mittel für größere Betriebe oder gezielte Unterstützungsmaßnahmen für Subsistenzlandwirte.

Die genauen Modalitäten für die Ausweitung der agrarpolitischen Unterstützung der EU auf die neuen Mitgliedstaaten müssten im Rahmen der Beitrittsverhandlungen festgelegt werden. Matthews sieht keine grundsätzlichen Probleme, ist aber besorgt über die Auswirkungen, die der EU-Beitritt der Ukraine auf die europäische Landwirtschaft insgesamt haben kann. »Was die Landmasse betrifft, so zeigt mein Papier, dass die nächste Erweiterung, also nicht nur die Ukraine, sondern auch die westlichen Balkanländer und andere Länder der östlichen Partnerschaft, keine beispiellose Größe hat«, erklärt er. Wenn man die zusätzliche landwirtschaftliche Fläche im Verhältnis zur Fläche der bestehenden EU zum Zeitpunkt der Erweiterung misst, ist sie laut Matthews durchaus vergleichbar mit der iberischen Erweiterung, die einen Zuwachs von 33 Prozent ausmachte, und der »Big Bang«-Erweiterung von 2004 (mit zehn neuen Mitgliedstaaten), die einen Flächenzuwachs von 35 Prozent bedeutete. Der Unterschied bestehe darin, dass die Ukraine ein wichtiger Exporteur ist, wie es die neuen Mitgliedstaaten in der Vergangenheit nicht waren.

### Landverkäufe festigen oligarchische Strukturen

Die westeuropäischen Landwirte befürchten, von den marktbeherrschenden ukrainischen Großkonzernen vollständig verdrängt zu werden. In der Ukraine

selbst schlagen Kleinbauern wegen des wachsenden Einflusses der größten Konzerne und deren Zugang zu Finanzmitteln Alarm. Da die Ukraine nach jahrelangem Druck der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) gezwungen wurde, ihren Bodenmarkt ab dem 1. Januar 2024 zu liberalisieren, könnte die Konzentration von Agrarland in den kommenden Jahren rasch zunehmen.<sup>7</sup> Konglomerate, die bisher nur Grundstücke von lokalen Landwirten pachten durften, um sie zu größeren Betrieben zusammenzufassen, können nun direkt Land kaufen. Die größten Unternehmen sind nach Recherchen der investigativen Plattform *Follow the Money* die größten Empfänger von Unterstützung durch Entwicklungsbanken wie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).

Während die örtlichen Landwirte gezwungen sind, sich der Armee anzuschließen, um gegen die russische Invasion zu kämpfen, versuchen große Unternehmen, mehr Ackerland zu erwerben, sagt Roman Makuchin, ein Bio-Obstbauer und Schafzüchter in der Nordukraine: »Der Mythos, dass die Ukraine die Welt ernährt, macht eine kleine Gruppe von Menschen extrem wohlhabend, während ganze Dörfer zerstört werden. Die industrielle Fleischproduktion hat nichts mit Ernährungssicherheit zu tun, und der meiste ukrainische Mais landet als Viehfutter in Spanien. Die Menschen in Brüssel sollten sich der Tatsache bewusster sein, dass kleine ukrainische Bauernhöfe den Großteil der Lebensmittel produzieren und dass sie fast keine Unterstützung erhalten.«

Bettina Rudloff von der SWP räumt ein, dass ein dringendes Problem darin besteht, sicherzustellen,

dass die kleinen und mittleren ukrainischen Landwirte ausreichend unterstützt werden, während die gigantischen Konzerne, die den Sektor beherrschen, nicht zu einer tödlichen Bedrohung für ihre europäischen Konkurrenten werden, nur weil der ukrainische landwirtschaftliche Status quo mehr Massengüter exportieren möchte.

»Die oligarchische Struktur der Landwirtschaft in der Ukraine bleibt ein heikles Thema«, erklärt sie. Für die Europäische Kommission war das Verschwinden einer auf diesem Oligopol basierenden Marktstruktur eine wichtige Voraussetzung für die Vorbereitung der Ukraine als Kandidatenland. Dann marschierte Russland ein und der Kandidatenstatus wurde beschleunigt, während das Oligarchensystem in der Landwirtschaft und die damit einhergehende potenzielle Korruption weiterhin problematisch sind.

### Ende der flächenbezogenen Direktzahlungen in Sicht?

Eines der wichtigsten Elemente, um sicherzustellen, dass die EU die Oligarchenkonglomerate nicht unterstützt und ihnen ermöglicht, ihren Griff auf den Markt zu verstärken, wäre die schrittweise Abschaffung der derzeitigen Struktur der direkten GAP-Zahlungen, die ihnen nach dem EU-Beitritt Millionen von Euro einbringen würden. In einem Papier, das im Juli 2024 für die Heinrich-Böll-Stiftung verfasst wurde, schreibt Phillip Brändle von der deutschen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dass »das derzeitige GAP-Stützungssystem, das auf der Hektargröße basiert, nicht mehr machbar ist«, wenn die Ukraine ein EU-Mitgliedstaat wäre.<sup>8</sup>

## Folgerungen & Forderungen

- In der Ukraine gibt es neben den dominanten landwirtschaftlichen Großbetrieben auch noch eine große Zahl von kleinbäuerlichen Subsistenzbetrieben und mittelständischen Marktfruchtbetrieben.
- Ein Beitritt der Ukraine zur EU wird eine grundlegende Reform der GAP erzwingen, finanziell und strukturell.
- Die Hektarzahlungen werden wegen der Größe der Erzeugungsfächen in der Ukraine als zentraler Bestandteil der GAP aller Wahrscheinlichkeit entweder schrittweise abgebaut oder vollständig verschwinden.
- Die Interessenvertretung sehr großer ukrainischer Agrarunternehmen ist in der EU bereits gut etabliert. Diese Unternehmen halten jedoch überwiegend den Ansatz von Hektarprämien nicht für unerlässlich.
- Die ersten Vorschläge der EU-Kommission zur mittelfristigen Finanzplanung für die Zeit nach 2027 deuten auf eine möglicherweise tiefgreifende Umstrukturierung der programm-basierten Haushalte und eine Auflösung des spezifischen Agrarbudgets hin.
- Die Mitgliedstaaten können demnach ihre Haushaltsprioritäten auf der Grundlage nationaler Entwicklungspläne selbst festlegen, was mit dem Risiko verbunden ist, dass Regionen und ländliche Gebiete an Einfluss auf die ländliche Entwicklung verlieren.
- Die EU und die ukrainischen Regionen werden sich entscheiden müssen, ob sie sich jetzt auf ein ökologisch und sozial widerstandsfähiges Landwirtschafts- und Lebensmittel-Erzeugungssystem einschließlich eines integrierten Konzepts für die ländliche Entwicklung vorbereiten, oder ob sie das Land agroindustriellen Riesen wie MHP, Cargill und UkrLandFarming überlassen wollen.

Um den bäuerlichen Familienbetrieben in Europa eine Zukunft zu geben, schlägt die AbL ein GAP-Modell vor, das Subventionen an ökologische Aktivitäten und Klimaleistungen sowie an Obergrenzen und Degressivität koppelt und die Marktregulierungsmaßnahmen entsprechend anpasst. Es mag überraschen, dass die größten ukrainischen Agrarkonzerne dem zustimmen. »Die Botschaft an unsere eigenen Landwirte lautet, dass auch sie sich anpassen müssen. Wir schlagen nicht vor, dass die EU die ukrainische Landwirtschaft so akzeptieren soll, wie sie ist. Das würde zu Problemen führen«, sagte der ukrainische Top-Handelsunterhändler Taras Kachka in einem Interview mit *Politico* im März 2024.<sup>9</sup>

Die Lobbyorganisation UCAB schätzt, dass die Ukraine nach den derzeitigen GAP-Vorschriften Anspruch auf jährliche Hektarsubventionen in Höhe von insgesamt zehn Milliarden Euro hätte – plus, ausgehend von den polnischen Zahlungen, weitere drei bis vier Milliarden für die ländliche Entwicklung. »Die meisten großen Unternehmen in der Ukraine sind sehr geschäftsorientiert. Diejenigen, die ich getroffen habe, sagten mir, dass sie kapitalistische Wirtschaftsakteure seien und kein Interesse an Subventionen hätten«, so Rudloff. »Viele AgrarökonomInnen sind der Meinung, dass es an sich genug Gründe gibt, die derzeitigen Hektarzahleungen in der GAP abzuschaffen. Der Beitritt der Ukraine könnte den externen Druck erzeugen, den wir brauchen, um die GAP-Reformen durchzusetzen, die wir ohnehin brauchen.«

Die EU und die ukrainischen Regionen werden sich entscheiden müssen, ob sie sich auf ein ökologisch und sozial widerstandsfähiges Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem einschließlich eines integrierten Konzepts für die ländliche Entwicklung vorbereiten oder ob sie das Land agroindustriellen Riesen wie MHP, Cargill und UkrLandFarming überlassen wollen. Ein weiteres Schlafwandeln mit einer GAP der Vergangenheit ist keine Option, sobald die Ukraine in die Auseinandersetzung eintritt.

Es stellt sich die Frage, wie die Agrarlobby innerhalb der EU zu solchen Reformvorschlägen steht. Während des letzten AGRIFISH-Rates in Brüssel am 21. und 22. Oktober 2024 begannen die Diskussionen über die neue GAP, die nach 2027 in Kraft treten soll. In einer Erklärung betonten die 27 Agrarminister der EU, wie wichtig es ist, genügend Mittel für Direktzahlungen beizubehalten.

Die Europäische Kommission selbst scheint einer Überarbeitung der GAP-Direktzahlungen offener gegenüberzustehen und bestätigt auf Anfragen von ARC2020, dass der designierte Agrarkommissar Christophe Hansen bei der Überprüfung der Politik im Vorfeld der Erweiterung eng mit dem Erweiterungskommissar und den EU-Mitgliedstaaten zusammen-

arbeiten wird, um die Zukunft der GAP zu diskutieren. »Der mit den Erweiterungsrunden verbundene Haushaltsdruck fördert auch die EU-Agrarreformen. So könnte beispielsweise der Beitritt der landwirtschaftlich starken Ukraine ein Anreiz sein, die derzeitigen flächenbezogenen Agrarsubventionen zugunsten von definierten Natur- und Umweltleistungen abzuschaffen«, so ein Sprecher der Kommission. »Zum jetzigen Zeitpunkt ist es verfrüht, die Auswirkungen des Beitritts auf die EU-Politik umfassend zu bewerten, bevor die politischen Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen mit den einzelnen Kandidatenländern vorliegen.«

»Es besteht keine Notwendigkeit, dass ein großer Teil des Budgets jetzt in die Ukraine und ihre größten Betriebe fließen muss. Wie es weitergeht, hängt mehr von politischen Rahmenbedingungen als von konkreten Programmen oder Maßnahmen ab«, schließt Bettina Rudloff von der SWP. »Für Agrarexperten ist der Elefant im Raum sehr sichtbar. Gleichzeitig fordern viele von uns schon seit Langem, dass mehr GAP-Gelder in öffentliche Güter wie Umweltleistungen fließen sollten. Jetzt hängt alles davon ab, ob die europäischen Politiker in den Mitgliedstaaten mit ihren unterschiedlichen landwirtschaftlichen Strukturen und Interessen bereit sind, das Nötige zu tun, um diesen Wandel herbeizuführen.«

Auch die Wahl von Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten kann einen großen Einfluss darauf haben, in welche Richtung die GAP-Reform und die damit verbundenen Handelsabkommen zwischen der EU und den USA gehen werden. US-Getreidehandlerriesen wie Cargill haben große Erzeugungsfelder und Verkehrsinfrastrukturen in der Ukraine erworben, die sich teilweise in Kriegsgebieten oder unter russischer Besatzung befinden. Vieles wird von der weiteren Entwicklung des Krieges und der Unterstützung der USA und der EU für die Verteidigung der Ukraine und die Friedensverhandlungen abhängen. Eine Entscheidung über die Zukunft der GAP wird insofern auch davon abhängen, welche Entscheidung die USA in Bezug auf den Krieg treffen werden.

#### Quellenhinweis

Der Beitrag basiert zum Teil auf im Englischen geführte Interviews. Nähere diesbezügliche Quellenangaben sind über die Autoren erhältlich.

#### Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Stefan Dreesmann (Interview): Die Kraft des Widerstands. Über die Situation der Landwirtschaft in der Ukraine. In: Der kritische Agrarbericht 2023, S. 50-56.

#### Anmerkungen

- 1 European Commission: ANNEX 2 of the Commission Implementing Decision on the financing of the Annual Action Program-

- me, part 1, in favour of Ukraine for 2020 to be financed under the general budget of the Union – Action Document for EU support to agriculture and small farm development in Ukraine ([https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2020-05/c\\_2020\\_3294\\_f1\\_annex\\_en\\_v1\\_p1\\_1079333.pdf](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2020-05/c_2020_3294_f1_annex_en_v1_p1_1079333.pdf)).
- 2 H. Lorenzen and H. Wetzels: Ukraine joining the EU – An elephant in the room. April 2023 ([www.arc2020.eu/ukraine-joining-the-eu-an-elephant-in-the-room/](http://www.arc2020.eu/ukraine-joining-the-eu-an-elephant-in-the-room/)).
  - 3 Stiftung Wissenschaft und Politik: Der mögliche EU-Beitritt der Ukraine und seine Konsequenzen. Berlin 2022 ([www.swp-berlin.org/en/publication/der-moegliche-eu-beitritt-der-ukraine-und-seine-konsequenzen](http://www.swp-berlin.org/en/publication/der-moegliche-eu-beitritt-der-ukraine-und-seine-konsequenzen)).
  - 4 European Council: European Council meeting (27. June 2024) – Conclusions. Brussels, 27 June 2024 ([www.consilium.europa.eu/media/qa31blga/euco-conclusions-27062024-en.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/qa31blga/euco-conclusions-27062024-en.pdf)).
  - 5 European Commission: Commission prepares for pre-enlargement reforms and policy reviews. Brussels, 20 March 2024 ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_24\\_1568](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_1568)).
  - 6 A. Matthews: Adjusting the CAP for new EU members: Lessons from previous enlargements. Sieps – Swedish Institute for European Policy Studies ([www.sieps.se/en/publications/2024/adjusting-the-cap-for-new-eu-members-lessons-from-previous-enlargements/](http://www.sieps.se/en/publications/2024/adjusting-the-cap-for-new-eu-members-lessons-from-previous-enlargements/)).
  - 7 P. Kowal: Ukraine moves to liberalize its farmland market. Geopolitical Intelligence Service, 28 April 2020 ([www.gisreportsonline.com/r/ukraine-agricultural-production/](http://www.gisreportsonline.com/r/ukraine-agricultural-production/)).
  - 8 P. Brändle: Die gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfest machen – Impulse für die EU-Reformdebatte. Policy Paper der

Heinrich-Böll-Stiftung Juli 2024 ([www.boell.de/sites/default/files/2024-07/policy-paper-die-gemeinsame-agrarpolitik-zukunftsfest-machen-2024.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/2024-07/policy-paper-die-gemeinsame-agrarpolitik-zukunftsfest-machen-2024.pdf)).

- 9 B. Brzeziński: Ukrainian agriculture belongs in the EU, says Kyiv's top trade official. In: Politico 7. March 2024 ([www.politico.eu/article/ukraine-agriculture-belong-eu-say-kyiv-top-trade-official-taras-kachka/](http://www.politico.eu/article/ukraine-agriculture-belong-eu-say-kyiv-top-trade-official-taras-kachka/)).



Foto: bijgesneden

**Hans Wetzels**

Investigativer Journalist aus den Niederlanden, der unter anderem für die Plattform *Follow the Money* und das Magazin *Down to Earth* arbeitet.

[hansalsjournalist@protonmail.com](mailto:hansalsjournalist@protonmail.com)



**Hannes Lorenzen**

Agrarsoziologe und von 1985 bis 2019 Berater der Grünen Fraktion im EU-Parlament. Zurzeit Vorsitzender von ARC2020 und Forum Synergies sowie Beiratsmitglied des Institute for Agriculture & Trade Policy (IATP).

[hansmartin.lorenzen@gmail.com](mailto:hansmartin.lorenzen@gmail.com)